Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 45 (1951)

Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : Ungewissheit im Fernen Osten ; Die grosse Drohung ; Die deutsche Gefahr ; Krieg löst kein Problem ; Schwierigkeiten hüben und drüben

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139495

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

stischer Führung vollzieht, und daß mindestens auch in Ostdeutschland, Frankreich und Italien, wenn nicht ähnlich in Spanien und Griechenland die treibende Kraft der sozialen Umwälzung der Kommunismus und die ihm nahestehenden Bewegungen sind, Kräfte, mit denen der sich freiheitlich nennende Sozialismus in ein Verhältnis der Zusammenarbeit kommen muß, wenn er nicht mehr und mehr zum Bundesgenossen der konservativen, ja rückschrittlichen Mächte werden will.

Das ist die Entscheidung, die der demokratische Sozialismus treffen muß. Entscheidung heißt mit dem Fremdwort Krisis. Und die Lösung der sozialistischen Krise, die Meisterung der lebensgefährlichen Schwierigkeiten, in die der Sozialismus besonders der westeuropäischen Länder geraten ist, kann darum nur in der rechten Entscheidung zwischen den beiden Wegen bestehen, die jetzt vor ihm liegen.

WELTRUNDSCHAU

Ungewißheit im Fernen Osten Der *Krieg in Korea* geht nun bereits in den neunten Monat, und noch ist sein Ende nicht abzusehen. Die neue Offensive MacArthurs ist trotz beträchtlichen örtlichen Erfolgen im ganzen nicht entscheidend über die Linie hinausgekommen, die die UNO-Streitkräfte schon vor einem Monat erreicht hatten; der «Fortschritt», den die Interventionsarmeen seither gemacht haben, besteht im wesentlichen in der Anrichtung *noch* ärgerer Verwüstungen und Metzeleien, als sie schon bisher den koreanischen «Befreiungskrieg» gekennzeichnet haben. Wie zahllose andere koreanische Städte und Dörfer, so ist auch das gerade jetzt wieder – zum wievielten Mal? – umkämpfte Söul, einst eine geschäftige Millionenstadt, ein einziger, unbewohnbarer Trümmerhaufen geworden, und wenn man annimmt, daß seit Kriegsbeginn in Nord- und Südkorea zusammen zwei Millionen Zivilpersonen getötet worden sind, so ist das wahrscheinlich eine noch bedeutend unter der Wirklichkeit bleibende Schätzung. Aber so sind sie eben, diese in rein militärischen Begriffen denkenden Kommunistenvertilger: Was tut's, wenn der Patient stirbt? Wenn nur die Operation technisch gelingt! Der Anschauungsunterricht für die europäischen Völker, die gegebenenfalls *auch* à la Korea «befreit» werden sollen, ist immerhin eindrucksvoll genug . . .[1]

[1] Im Londoner «Observer» (11. März) erwähnt der militärische Mitarbeiter des Blattes eine amtliche Schätzung, wonach allein zwischen dem 1. Januar und dem 15. Februar 80 000 Nordkoreaner und Chinesen durch die UNO-Streitkräfte getötet worden seien, davon 50 000 durch Luftangriffe, 30 000 durch Bodenangriffe, 12 000 Feinde seien an Krankheiten gestorben. Und die Neuyorker «Times» beschrieb kürzlich die Wiederbesetzung eines kleinen von Napalm-Bomben zerstörten koreanischen Dorfes

Um die Verhandlungen mit *China* ist es mittlerweile ziemlich still geworden. Manche Beobachter vermuten, die Amerikaner *wollten* gar keine friedliche Verständigung mit den Chinesen, gedächten vielmehr den Kampf in Korea so lange hinauszuziehen, bis entsprechend dem immer ernster werdenden Drängen MacArthurs auch gegen die Chinesische Volksrepublik der Krieg in aller Form eröffnet werden könne. Und diese Deutung ihres Verhaltens hat sicherlich einiges für sich. Für einen Krieg gegen China braucht es ja strategisch günstige Ausgangsstellungen wie auf dem Festland (Korea), so auch auf den China vorgelagerten Inseln, besonders auf Formosa, das darum für Tschiang Kai-shek unter allen Umständen gehalten werden muß. Ginge der Krieg in Korea «vorzeitig» zu Ende, so müßten die Amerikaner ihre Flotte aus den Gewässern um Formosa zurückziehen, und die Pekinger Regierung könnte ihrerseits zum Angriff auf den letzten Stützpunkt des alten chinesischen Regimes schreiten. Es läge somit offenbar im Interesse der Vereinigten Staaten, Formosa nicht aus der Hand zu geben, solange ein kommunistisches China besteht, und tatsächlich hat denn auch der stellvertretende Hauptdelegierte Amerikas bei der UNO, Ernest Groß, schon vor Wochen offen zugegeben, daß die Formosapolitik der Vereinigten Staaten einzig und allein durch ihre Sicherheitsbedürfnisse diktiert werde – eine zynische Verleugnung der früheren amerikanischen Versprechungen, wonach die Zukunft Formosas nach den Grundsätzen des Völkerrechts entschieden werden müsse. Und da anderseits die «Sicherstellung» Formosas durch die amerikanische Flotte, wie sie im Juni 1950 erfolgte, doch allzu offenkundig ein reiner Akt amerikanischer Faustrechtspolitik war, so sollte die vorsorgliche Erklärung Chinas zum Angreifer durch die UNO einem Krieg gegen China von vornherein den Charakter einer bloßen Polizeiaktion verschaffen, falls er offiziell doch noch beschlossen würde.

Wie dem auch sei: die Gefahr bleibt bestehen, daß sich an dem amerikanisch-chinesischen Gegensatz ein offener Krieg entzünde, ein Krieg, der fast unvermeidlicherweise auch auf die Sowjetunion übergreifen würde und für den die Verantwortung unzweideutig auf die Vereinigten Staaten fallen müßte. Wie Etienne Trocmé im «Christianisme social» (Märzheft) schreibt:

«Man kann nicht genug die Gefahr betonen, die diese amerikanische Haltung für den Weltfrieden bedeutet. Ein großes Land kann gute Gründe haben, die Ausdehnung eines Konkurrenten über seine Grenzen hinaus einzudämmen, und in diesem Sinne war der berühmte ‚kalte Krieg', den die Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion führen, vielleicht nicht ungerechtfertigt, mindestens in seinen ersten Äußerungen. Aber ein

---

durch eine amerikanische Kolonne: «Die Einwohner im Dorf herum und auf den Feldern waren alle überrascht und getötet worden und hatten noch genau die gleichen Stellungen wie bei dem Napalm-Angriff: ein Mann im Begriff, auf sein Fahrrad zu steigen, fünfzig Knaben und Mädchen, die in einem Waisenhaus spielten, eine seltsamerweise äußerlich nicht verletzte Hausfrau, die eine aus einem Sears-Roebuck-Katalog herausgerissene Seite in dr Hand hielt... Es muß in dem kleinen Dörfchen fast 200 Tote gegeben haben.»

großes Land, das *ohne genügende Gründe die eigentliche Existenz eines Konkurrenten bedroht,* dessen Ausdehnungspolitik mit anderen Mitteln bekämpft werden könnte, handelt gefährlich und unmoralisch, und gerade das tun die Vereinigten Staaten augenblicklich gegenüber China. Denn von den obenerwähnten Maßnahmen können mindestens drei von der Pekinger Regierung mit Fug und Recht als tödliche Drohungen empfunden werden: die allfällige Wiederaufrüstung Japans, dem man nicht vergessen hat, was es China in einer nicht weit zurückliegenden Vergangenheit angetan hat; die Blockade der chinesischen Küsten, die den dringend nötigen Wiederaufbau Chinas beträchtlich verlangsamt und dadurch ein inneres Chaos hervorzurufen droht; und schließlich insbesondere die Hilfe, die Tschiang Kai-shek in seinen vielleicht wirklichkeitsfremden, aber jedenfalls mörderischen politischen Umsturzbestrebungen bekommen hat. Jeder chinesische Gegenstoß kann darum als rechtmäßige Verteidigung betrachtet werden, weiß man doch, daß die Leiter des neuen China weder der Bergpredigt noch der Lehre Gandhis nachleben ... Will man also den ‚heißen' Krieg?»

Die große Drohung Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten immer noch zögert, dem Druck der «asiatischen» Richtung unter den Vertretern einer amerikanischen Draufgängerpolitik nachzugeben und durch einen Gewaltstoß gegen China den allgemeinen Krieg gegen den Kommunismus zu entfesseln, so darum, weil sie die Entscheidung jetzt vor allem in *Europa* sucht. Das ist in der Berichtszeit besonders klar geworden durch die Art und Weise, wie Amerika den russischen Vorschlag einer *Viermächtekonferenz* über die dauernde Entmilitarisierung Deutschlands behandelt hat. Die Leser wissen, daß wir der Regierung der Sowjetunion den guten Glauben zubilligen, wenn sie erklärt, eine Wiederaufrüstung der westdeutschen Republik müsse die Zerreißung Deutschlands in zwei feindliche Lager, also auch die Aufspaltung der Welt in zwei gegensätzliche Mächtegruppen vollends unheilbar machen und damit die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes der beiden Blöcke in bedenkliche Nähe rücken. Eine Konferenz der drei Westalliierten mit der Sowjetunion, so regte Moskau an, solle daher Mittel und Wege suchen, um diese Gefahr endgültig aus der Welt zu schaffen, und eine Reihe von Anzeichen deutete auch darauf hin, daß Rußland zu wirklichen Zugeständnissen bereit sei, um ein für beide Teile annehmbares Abkommen zu ermöglichen[1a]. In den Vereinigten Staaten empfand man nun aber diesen Konferenzplan von Anfang an als unangenehm und die eigenen Pläne störend, die eben auf die unbedingte Einbeziehung Westdeutschlands in das atlantische Militärsystem abzielen. Und nur aus Rücksicht auf England und namentlich Frankreich ließ man sich schließlich nach fast viermonatigem, unerquicklichem Notenkrieg mit saurer Miene

[1a] Wir zählen dazu auch die weitgehenden Vorschläge der von der Sowjetunion abhängigen Deutschen Demokratischen Republik für die Schaffung eines abgerüsteten Gesamtdeutschlands, eingeschlossen die Abhaltung freier Wahlen in beiden Besetzungszonen — ein Vorschlag, der, wenn ausgeführt, natürlich das Verschwinden des gegenwärtigen politischen Regimes in Ostdeutschland bedeuten müßte. Aber offenbar ist man in Moskau wirklich bereit, Ostdeutschland zu opfern, wenn damit nur die dauernde Entwaffnung Deutschlands und sein Verzicht auf die Beseitigung der Oder-Neiße-Grenze zu erkaufen wäre.

dazu herbei, wenigstens eine *Vorkonferenz* zu beschicken, die – sie findet gerade jetzt, da wir schreiben, in Paris statt, in einer wiederum höchst unerfreulichen Atmosphäre – die Tagesordnung für die Hauptverhandlungen festzusetzen habe. Dies aber nur unter der Bedingung, daß die deutsche Frage in den zweiten oder dritten Rang versetzt und vor allem über die Rüstungen der Sowjetunion und ihrer Gefolgsstaaten gesprochen werden solle – ein Vorgehen, das höchst wahrscheinlich bewirken würde, daß man nach kurzer Zeit überhaupt nicht mehr weiter käme und dann eben frisch-fröhlich weitergerüstet werden könnte.

Nun weiß man natürlich in Washington ganz gut, daß der gegenwärtige Stand der russischen Rüstungen nicht die lebensgefährliche Bedrohung des Westens ist, als die sie in der populären Propaganda hingestellt wird. Die Sowjetunion wäre ja nie imstande, mit ernsthafter Aussicht auf dauernden Erfolg einen Angriffskrieg gegen Westeuropa oder gar Amerika zu führen, hat aber ihrerseits Grund zu der Befürchtung, daß sich die Westmächte von einer wiedererstandenen deutschen Wehrmacht in einen «Befreiungskrieg» gegen den Osten hineinreißen lassen könnten, dessen Aussichten mit jedem Monat ihrer fortschreitenden Aufrüstung besser würden. Rußland hat die größte Landarmee der Welt – sei's drum. Aber Amerika hat, neben einer millionenstarken Landarmee, die größte Kriegsflotte der Welt, mit der es, z. B. von der Ostsee und vom Schwarzen Meer aus, ohne weiteres der Sowjetunion in die Flanke zu fallen vermöchte. Amerika hat ferner wenn nicht die größte, so doch die furchtbarste Luftwaffe der Welt, die ihre Lasten von Atombomben jeden Tag auf jedes beliebige Ziel in der Sowjetunion abwerfen könnte. Und es hat nicht zuletzt schon seit Jahren einen Ring von gewaltigen militärischen Stützpunkten um die Sowjetunion herum gelegt, von denen aus es seine Land-, See- und Luftstreitkräfte mit einer Wucht in Bewegung setzen könnte, daß Rußland nicht daran denken dürfte, alle seine 175 marschbereiten Divisionen an die Elbe und gegen den Rhein zu werfen. General Eisenhower hat denn auch jüngst (United-Preß-Meldung vom 12. März) ausdrücklich erklärt, er rechne «mindestens für die nahe Zukunft» nicht mit einem Krieg. «Wenn die Russen», so sagte er, «im gegenwärtigen Zeitpunkt einen Krieg beginnen würden, so wären sie richtige Dummköpfe. Sie werden keinen weltweiten ‚Knockout-Schlag' führen können. Es käme zu einem langen Abnützungskrieg gegen die Vereinigten Staaten. Mit jeder Meile, um die sich die Russen von ihren Grenzen entfernen, würde ihre militärische Schlagkraft abnehmen. Die *Satellitenstaaten* würden für Rußland anstatt einer Verstärkung eine der größten Quellen von Schwierigkeiten werden.»

Die «lebensgefährliche Bedrohung des Westens», welche die russische Landarmee bedeuten solle [2], ist darum für die Vereinigten Staaten und

[2] Natürlich sucht man in Amerika auch die russische *Luftwaffe* als schwere Gefahr für die eigene Sicherheit hinzustellen. So haben vor den Senatsausschüssen für militärische und äußere Angelegenheiten verschiedene Luftgeneräle behauptet, der dritte

ihre Verbündeten nur ein Scheingrund, der dazu dienen soll, die eigenen Riesenrüstungen zu rechtfertigen, in denen sie sich jetzt eine vermeintlich unfehlbar wirkende Waffe zur Durchsetzung ihrer *Politik der «Eindämmung» und Überwältigung des Kommunismus* zu schmieden glauben. Dabei wenden die Vereinigten Staaten gegenwärtig ihre besondere Aufmerksamkeit dem Ausbau ihres Stützpunktsystems zu. Frankreich hat ihnen erst kürzlich in Marokko eine Reihe von Militärbasen überlassen, zu deren Bedienung bereits 20 000 Mann gelandet worden seien; in Bälde dürfte den Amerikanern auch etwa ein Dutzend britischer Stützpunkte im Mittelmeerraum und im Mittleren Osten zur Verfügung gestellt werden, darunter ein solcher auf Cypern, der – neben einer Militärbasis auf dem griechischen Kreta – zu einem Hauptbollwerk der Vereinigten Staaten im Nahen Osten ausgebaut werden soll. Wenn alle diese Vorbereitungen fertig sind, wenn Westeuropa die 70 oder 75 Divisionen aufgestellt haben wird, die Eisenhower verlangt – Amerika selbst will weitere 16 Divisionen liefern –, wenn namentlich auch Westdeutschland wieder schlagbereit ist, dann – so ist wohl die Absicht der Planer der offiziellen amerikanischen Außenpolitik – wird Rußland derart unter Druck gesetzt werden, daß es kapitulieren muß und von innen her zusammenbricht, sofern es nicht einen von vornherein hoffnungslosen Krieg mit dem übermächtigen Westen wagen will.

Die inoffiziellen Politikmacher in den Vereinigten Staaten sind noch kühner. Eines ihrer Organe, die von dem überaus einflußreichen Henry-Luce-Konzern herausgegebene Wochenschrift «Time», meinte letzthin:

«Solange die Vereinigten Staaten sich mehr oder weniger sicher fühlten, konnten sie die Idee dulden, daß sie mit Ländern ‚zusammen existieren' könnten, die von einer Weltanschauung beherrscht sind, die den Vereinigten Staaten verhaßt ist. Aber die Amerikaner werden sich nicht auf ein unbegrenztes Zusammenleben zu dem Preis einlassen, den sie jetzt bezahlen müssen: ständige Furcht vor einem Atombombenangriff. 70 Milliarden jährlich für Verteidigungsrüstungen und die Mehrzahl ihrer Jugend in Uniform. Wir haben mobilisiert, um einen bestehenden unerträglichen Zustand der Gefahr zu *beenden*. Das bedeutet nicht, daß dies notwendigerweise eine Mobilisierung für den Krieg ist und noch weniger für die bedingungslose Kapitulation des letzten Kommunisten. Die vollkommene Ausrottung des Kommunismus mag der angemessene Inhalt von Gebeten sein, aber kaum von internationaler Politik. Die Vereinigten Staaten können durchaus die bedingungsweise Mitexistenz von kommunistischen Regierungen annehmen. Aber die allgemeine Voraussetzung dafür ist, daß die kommunistischen Regierungen nicht imstande sein dürfen, einen Welteroberungsfeldzug zu führen. Besondere Bedingungen würden beinhalten: 1. Die internationale Inspektion und Kontrolle atomischer Waffen; 2. die Abrüstung aller Polizei- und Sklavenstaaaten.»

Manfred George, der in der «Nationalzeitung» (Nr. 107) diese Äußerung anführt, bemerkt dazu, daß solche Forderungen natürlich nicht ohne

---

Weltkrieg werde von den Russen nicht in Europa ausgelöst werden, sondern durch einen Blitzangriff auf die Vereinigten Staaten, deren bedeutendste Kraftzentren die Sowjetflugzeuge über den Nordpol in 5½ Stunden erreichen könnten. Aber derlei Prophezeiungen sind ja von vornherein nicht ernst zu nehmen. Die Absicht der Panikmacherei ist zu offenkundig.

Krieg durchzusetzen seien, daß also damit der *Präventivkrieg* befürwortet werde, den jetzt «eine Anzahl weitreichender Meinungsorgane und Gruppen mit stärksten finanziellen Mitteln und Beeinflussungsverbindungen» systematisch predigten. Nicht unterschrieben werde diese Lehre von der Regierung Truman, und das ist durchaus richtig, zum Glück, wenn auch in der Regierung Truman selbst Männer sitzen, die – wie der Marineminister Matthews – offen für den Präventivkrieg werben, und hohe und höchste Militärs gleichfalls für ein «rechtzeitiges» Losschlagen gegen die Russen sind. Daß aber die amerikanische Regierung im Blick auf die lokkende Aussicht, die Sowjetunion durch wachsenden militärischen Druck von außen auf ihre «natürlichen Grenzen» zurückwerfen zu können, keine große Lust zeigt, die Viererkonferenz zu einer *«vorzeitigen»* Verständigung mit Rußland – also ohne Sturz des Sowjetregimes – zu benützen, das liegt freilich *auch* auf der Hand. Der «New Statesman» (3. März) äußert denn auch die ernste Befürchtung,

«daß Amerika im Vertrauen auf die kolossale Verheißung seiner eigenen wachsenden Militärmacht glauben könnte, es werde 1952 in der Lage sein, Sowjetrußland zur Annahme eines Ultimatums zu zwingen. Im Banne dieser Täuschung könnte es der Westen jetzt versäumen, die vielleicht letzte Gelegenheit zu ergreifen, die sich ihm bietet. Und selbst wenn die Sowjetunion im Jahre 1952 immer noch konzessionsgeneigt wäre, ist es zum mindesten zweifelhaft, ob in zwölf Monaten Amerika psychologisch oder wirtschaftlich noch in der Lage sein wird, die riesenhafte Aufrüstungsmaschinerie abzustellen oder auch nur ihren Gang zu verlangsamen.»

Was nur zu richtig ist. Von *hier* geht in Wirklichkeit die große Drohung aus, die über der Welt und besonders über Europa liegt. Lassen wir uns das durch keinerlei Erregung von Angst vor dem «sprungbereiten russischen Koloß» vernebeln!

Die deutsche Gefahr Daß bei all dem die Art und Weise, wie die *deutsche Frage* behandelt wird, eine entscheidende Rolle zu spielen haben wird, das kommt inzwischen auch im westalliierten Lager vielen Menschen klarer und klarer zum Bewußtsein. Mag sich das amtliche Frankreich mit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands abgefunden haben, um die amerikanische Hilfe für seine eigene Aufrüstung (die vielleicht einmal gegen dieselbe deutsche Wiederbewaffnung wird eingesetzt werden müssen) nicht zu verwirken – im französischen Volk wird die Wachsamkeit gegenüber der deutschen Gefahr nie einschlafen. Und das gleiche gilt für England. *Ein* Zeichen dafür unter anderen ist eine vortreffliche Flugschrift, die unlängst unter dem Titel «Gewehre für die Deutschen?» vom Bund für Demokratische Kontrolle herausgegeben worden ist. Mit der wünschenswerten Klarheit wird hier festgehalten, was ja nur absichtlich Blinde leugnen können, daß dasjenige Deutschland, das die Westmächte aufzurüsten beschlossen haben, das alte, reuelose Deutschland der kapitalistischen Reaktion und des brutalen Nationalismus ist, und daß namentlich auch die alten militärischen Führer,

die dem deutschen Weltmachtstreben in seiner nazistischen Gestalt so treu gedient haben, ihren Platz auch in der neuen patriotischen Bewegung wieder einzunehmen begonnen haben. «Wenn irgendwelche Deutsche in Westdeutschland militärische Macht bekommen sollen, so müssen es unvermeidlicherweise diese gleichen Befehlshaber sein – dieselben Männer wie diejenigen, die Hitlers Armeen auf blutiger Bahn quer durch Europa geführt haben. Jede andere Annahme ist irreleitender Unsinn.»

Und dieser Umstand, so zeigt das Schriftchen, gewinnt nun eine besonders verhängnisvolle Bedeutung dadurch, daß dem deutschen Volk mit wachsender Eindringlichkeit wiederum ein großes «nationales» Ziel vor Augen gestellt wird: die Zurückeroberung der verlorenen *Ostprovinzen* und des *Sudetenlandes*:

«Die neue Wehrmacht, die wir jetzt — wenn auch nur stufenweise — aufbauen sollen, wird das bewaffnete Werkzeug einer nationalistischen und revisionistischen deutschen Regierung von der bekannten großmauligen Art sein. Bezweifelt ihr das wirklich? Wenn nicht, habt ihr euch dann nicht für die Wiederaufrüstung einer Macht erklärt, die aller Wahrscheinlichkeit unabhängig von all dem tätig sein wird, was ihr für Recht oder Unrecht haltet, einer Macht, die, wenn sie stark genug sein wird, durchaus fähig ist, aus eigenem Antrieb einen Krieg zu beginnen und euch zur Hilfeleistung in ihn hineinzuziehen? Wenn General MacArthur uns an den Rand eines Krieges bringen konnte, wozu ist dann erst General Guderian imstande, wenn ihr ihm einmal seine Panzerdivisionen zurückgebt?

... Der Schluß ist kristallklar: Wir, das britische Volk, legen uns, ob wir es wissen oder nicht, auf die Wiederbewaffnung einer deutschen Armee fest, die aller Wahrscheinlichkeit nach — einerlei, was das deutsche Volk jetzt wünschen mag — dazu dienen wird, einen Krieg in Osteuropa zu entfesseln oder heraufzubeschwören.»

Und die maßgebenden Kräfte der Westalliierten fassen diese Aussicht kalten Blutes ins Auge! Der amerikanische Hochkommissar in Westdeutschland, McCloy, hat schon am 27. Dezember 1950 verkündet, daß «die alliierte Hochkommission mit den Verhandlungen über einen Beitrag zur Verteidigung des Westens vorwärts machen wird ohne irgendwelche Rücksicht auf eine Viermächtekonferenz zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion». Und damit kein Zweifel darüber obwalten könne, worin die «Verteidigung des Westens» tatsächlich bestehe, fügte er gleich bei, daß alle Völker des Ostens ihre *Befreiung von der Herrschaft des Kommunismus* sehnlichst erwarteten. Die Befreiungslosung nimmt denn auch in der alliierten Gesamtpropaganda allmählich einen beunruhigend breiten Raum ein. Und die westdeutschen Parteien aller Richtungen – hierin sind sich Regierung und sozialdemokratische Opposition vollkommen einig – nehmen natürlich von der Bereitschaft der Westmächte, Deutschland in seiner alten Ausdehnung und Macht wiederherzustellen, mit inniger Genugtuung Kenntnis. (Nach dem «Esprit» vom Februar 1951 meinte der westdeutsche Minister für Flüchtlingsangelegenheiten bei der Eröffnung einer Ausstellung der Ostgebiete in Berlin treuherzig, Europa scheine allmählich doch zu begreifen, was es verloren habe, als die Sudetendeutschen durch die slawische Barbarei vertrieben

worden seien.) Bereits hat die Deutsche Bundesrepublik eine weitere, einschneidende Änderung des Besetzungsstatuts erreicht, die ihr nebst anderen Neuerungen wie Aufhebung oder Lockerung der alliierten Aufsicht über Außenhandel, Wechselkurse und innere Gesetzgebung insbesondere das Recht gibt, wieder ein eigenes Außenministerium und diplomatische Vertretungen im Ausland zu errichten. Wie lange geht es und Westdeutschland hat wieder volle nationale Souveränität in allen Angelegenheiten der Außen- und der Militärpolitik, mit eigenem Kriegsministerium und Großem Generalstab, der den 1945 vorläufig verunglückten Freiheitszug gen Osten ebenso gründlich wie zielbewußt neu organisiert?

Krieg löst kein Problem

Und doch ist es von den Westmächten vollendeter Irrsinn, den Deutschen freie Hand für ein neues Ostunternehmen zu lassen und sich daran selber mit allen verfügbaren Kräften beteiligen zu wollen. So vielerlei Dinge in Osteuropa neu zu ordnen sind, so viel Unrecht dort gutzumachen ist – ein Krieg würde kein einziges dieser Probleme lösen, am wenigsten das Kommunismusproblem, das er vielmehr auf alle absehbare Zeit erst recht unlösbar machen müßte. Es ist ein Verdienst Fritz *Sternbergs*, das in seinem Buch «How to stop the Russians without war» («Wie man den Russen ohne Krieg Halt gebieten kann») besonders überzeugend klargemacht zu haben. Dieser ehemalige deutsche Kommunist, der jetzt, in Amerika lebend, wie so viele andere seiner Art heftig in Antikommunismus macht, warnt darin nachdrücklich vor der Täuschung, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten könnten, gestützt auf ihre gewaltige kriegstechnische und wehrwirtschaftliche Überlegenheit, die Sowjetunion ohne allzu viel Aufwand militärisch erledigen. Rußland, so zeigt er, wäre dank seiner Ausdehnung, dank seiner dezentralisierten, weithin unterirdisch angelegten Rüstungsindustrie und seiner Fähigkeit, als Antwort auf einen Atombombenangriff mit einem Teil seiner Kräfte sofort einen Gegenstoß nach Westeuropa zu führen, nicht auf die Knie zu zwingen, ohne daß die Amerikaner auch Westeuropa zerstören müßten (was ihnen freilich nicht viel ausmachen dürfte; siehe Korea). Aber auch wenn Amerika zuletzt gewänne: was wäre der Preis eines solchen Sieges? In was für einer Welt müßten die «freien» und die «befreiten» Völker leben? Sternberg hat keinen Zweifel:

«Es wird eine Welt sein, die in Europa, Asien und vielleicht auch Amerika einen großen, vielleicht den entscheidenden Schritt zur Barbarei hin getan hat ... Die tatsächliche Vertreibung der Roten Armee aus Europa würde ein Ausmaß von Zerstörungen verlangen, das den zweiten Weltkrieg als Kinderspiel erscheinen ließe. Das gleiche gilt für Asien.

... Die Amerikaner wären gezwungen, ‚Gesetz und Ordnung' einer Welt von Hiroshimas in Europa und Asien aufzuerlegen. Überall außerhalb der Vereinigten Staaten wäre der härteste Despotismus nötig, um auch nur den Wiederaufbau möglich zu machen ... Es ist eine gefährliche Täuschung anzunehmen, daß es unter solchen Umständen möglich wäre, in den Vereinigten Staaten noch demokratische Einrichtungen zu bewahren.»

Auch Lord *Ismay*, während des letzten Krieges militärischer Hauptberater Churchills, hat kürzlich im Oberhaus mit großem Ernst auf die unvorstellbare Zerstörungskraft der neuesten Waffen hingewiesen. Ein dritter Weltkrieg, so meinte er, müßte dadurch zu etwas unendlich viel Ärgerem werden als alles, was man sich heute ausdenken könne. Flugzeuge vermöchten jetzt «Tod, Krankheit und dauernde Verwüstung – ich wiederhole das Wort ‚dauernd' – auf 8000 Kilometer Entfernung zu tragen». Und das heißt, daß durch radioaktive Stoffe, Todesbazillen, Atom- und Wasserstoffbomben ganze Bevölkerungen einfach vom Erdboden vertilgt und neue, nie mehr bewohnbare oder fruchtbar zu machende Wüsteneien geschaffen werden können. Der britische Marschall zieht aus diesen Tatsachen den Schluß, daß das «höchste und einzige Ziel» seines Landes die Vermeidung eines neuen Krieges sein müsse – seine *Vermeidung*, wohlgemerkt, nicht die Bereitstellung der wirksamsten Waffen, um ihn gegebenenfalls zu gewinnen! Er kommt damit tatsächlich zum gleichen Ergebnis, zu dem auch Sternberg seine Erörterungen führt: daß ein Krieg kein geeignetes Mittel sei, um dem weiteren Vordringen des Kommunismus zu wehren und die westliche Demokratie zu retten. Dieses Ziel, so glaubt Sternberg, könne nur durch eine *gründliche Umstellung der amerikanischen Außenpolitik* erreicht werden, die in Europa wie in Asien alle Bewegungen auf eine sozialistische Planwirtschaft hin großzügig und weitherzig unterstützen müsse.

Leider schwächt Sternberg die Wirkung seiner Beweisführung selbst wieder entscheidend ab, indem er – wie so viele Sozialisten und Sozialreformer, die auf beiden Achseln Wasser tragen möchten – behauptet, militärische Rüstungen seien «natürlich» *auch* nötig, um den Russen Halt zu gebieten. Er übersieht dabei zweierlei:

1. Daß die ungeheuren Kriegsrüstungen der Westmächte zu ihrer praktischen Anwendung geradezu drängen und eine Kriegsatmosphäre erzeugen, deren Entladung in einer fürchterlichen Katastrophe wahrscheinlicher ist als ihre friedliche Wiederauflösung; und

2. daß die Kräfte, die heute die Vereinigten Staaten beherrschen, eine «grundlegende Umstellung der amerikanischen Außenpolitik», wie er sie fordert, *gar nicht wollen*, ja mit der fieberhaften Aufrüstung der Westmächte und Westdeutschlands, die sie betreiben, wie mit der ganzen Druck- und Drohpolitik, die dahinter steht, den Durchbruch einer sozialistischen Planwirtschaft in Europa und Asien gerade *verhindern* wollen. Sie haben sich darum ganz folgerichtig mit allen konservativen, demokratie- und sozialismusfeindlichen Kräften in fünf Erdteilen zum Kampf gegen eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzung verbündet und sind entschlossen, lieber alles andere zu opfern als auf die Durchsetzung des «freien Unternehmertums» und der übrigen amerikanischen Ideale in der Welt zu verzichten.

Schwierigkeiten hüben und drüben Nein, es ist so klar wie der Tag: im gleichen Maß, da man militärisch aufrüstet, um den Kommunismus abzuwehren, arbeitet man *gegen* diese Abwehr, weil man die gründliche Umwälzung der Besitzordnung in den für den Kommunismus besonders anfälligen Ländern versäumt oder sie direkt verhindern will. Dazu kommt, daß die Rüstungslast, die den Völkern aufgebürdet wird, mindestens in Westeuropa die Lebenshaltung der ärmeren Volksklassen noch weiter herabzudrücken droht. Die *Amerikaner* glauben das zwar nicht. Die Fachleute der Marshallplanverwaltung in Paris z. B. behaupten im Gegenteil, die militärische Aufrüstung werde

«die westliche Produktionskraft so weit steigern, daß sie eine höhere und nicht eine niedrigere Lebenshaltung und tatsächlich einen viel gesünderen Wirtschaftszustand sichern wird. Die Leistungen der Vereinigten Staaten seit dem Ende des zweiten Weltkrieges werden als schlüssiger Beweis für die Lebenskraft des modernen Kapitalismus betrachtet.» («Christian Science Monitor», 19. Februar.)

Aber das ist nun wirklich ein typischer Fehlschluß. Die neue Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten ist ja gerade der Tatsache entsprungen, daß der Spätkapitalismus *nicht* mehr lebenskräftig ist, wenn er nicht seinen Machtbereich fortwährend ausdehnen kann und nicht gleichzeitig durch Kriegsrüstungen einen großen neuen Absatzmarkt auch zu Hause findet. Und da diese beiden Möglichkeiten zuletzt doch recht begrenzt sind, wird sich die jüngste Erholung des Kapitalismus an den Kriegslieferungen über kurz oder lang als Scheinblüte erweisen, der ein nur um so schwererer Rückschlag folgen muß. Aber die Selbstsicherheit des amerikanischen Kapitalismus ist eben heute wieder so groß, daß wohl nur härteste Erfahrungen sie werden erschüttern können. Und so ist es auch mit der *moralischen* Selbstgerechtigkeit, von der Amerika gegenwärtig nur so trieft, rühmte doch beispielsweise John Foster Dulles, der große Kirchenmann und republikanische Vertrauensmann im Außenministerium, vor nicht langer Zeit den Hochstand der amerikanischen Kultur in lautesten Tönen, behauptend, daß die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten ohne Revolution und ohne Materialismus (!) verwirklicht worden sei, wie denn Amerika auch mächtig zur Befreiung der früheren Kolonialvölker beigetragen und seit Kriegsende nicht weniger als 44 Milliarden Dollar für die Wiederaufrichtung anderer Völker ausgegeben habe. Die schändliche Hinrichtung der sieben jungen Neger von Martinsville, der weitere gesetzliche Lynchmorde folgen sollen, hat inzwischen vielleicht sogar *diesen* hartgesottenen Pharisäer zum Nachdenken darüber veranlaßt, wie weit es mit Kultur und Menschenrecht in gewissen Staaten der amerikanischen Union her ist – nicht zu reden davon, daß die Vereinigten Staaten wahrhaftig genug zu tun hätten, um den acht Millionen Familien der eigenen Nation, die in dürftiger Armut leben, ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, bevor sie sich ihrer Wohltätigkeit an den Marshallplaneuropäern und

anderen Kolonialvölkern rühmen dürfen. Und wenn jetzt sogar die keineswegs revolutionären amerikanischen Gewerkschaften in offenen Kampf mit der Regierung getreten sind, weil bei der Durchführung der wirtschaftlichen Mobilisierung das Großkapital seine Interessen doch allzu rücksichtslos wahrnehmen dürfe, so wirft auch das ein eigentümliches Licht auf die «soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit», die nach Mr. Dulles in den Vereinigten Staaten bereits verwirklicht sein soll.

Aber auch in Europa merkt man herzlich wenig von einer ernsten Anstrengung zur grundlegenden Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die *britische* Regierung hat zwar in dieser Richtung seit Kriegsende tatsächlich Großes geleistet; aber seit ihrem vorjährigen Wahlrückschlag führt sie nun von einer Parlamentsabstimmung zur anderen ein unsicheres, mühsames Dasein und ist zu jeder weiteren sozialistischen Initiative gänzlich unfähig. Auch in der Außenpolitik wird die Ersetzung des kranken Bevin durch Herbert Morrison als Leiter des Außenministeriums keinen neuen, *sozialistischen* Kurs einleiten, so daß der Londoner Mitarbeiter des Schweizer Radios, Theodor Haller, befriedigt feststellen konnte, das Märchen sollte nun endgültig aus der Welt geschafft sein, daß Bevin ein sozialistischer Außenminister gewesen sei und die britische Außenpolitik unter konservativer Führung in den letzten Jahren einen anderen Charakter gehabt hätte . . .

In *Frankreich* ist unterdessen die vom konservativen Bürgertum beherrschte Regierungskoalition über dem häßlichen Streit um die *Wahlreform* vorübergehend auseinandergebrochen. (Das Problem ist für jede Partei, durch Abschaffung der gerechten Verhältniswahl den Kommunisten soviel Sitze als nur möglich abzunehmen und doch selber ohne Verlust, ja mit dem Gewinn eines möglichst großen Stückes der Beute davonzukommen.) Der alte Routinier Queuille hat sie zwar noch einmal notdürftig zusammengeleimt, aber die Aufgabe, die Wahlreform rechtzeitig vor dem natürlichen Ende des gegenwärtigen Parlaments doch noch durchzuführen, ist gleichwohl nicht einfach und wird gewiß nur dank der Furcht der Regierungsparteien gelöst werden können, daß bei der Aufrechterhaltung des Proporzsystems die Kommunisten vielleicht noch stärker als bisher in die Nationalversammlung zurückkehren und anderseits die Gaullisten auf Kosten der Mittelgruppen eine erhebliche parlamentarische Vertretung gewinnen würden. Gleichzeitig hat die französische Regierung, zu ihrem Dauerkrieg in Indochina hinzu, erhebliche Sorgen auch in *Marokko* bekommen, wo der alte, unbelehrbare Kolonialismus sich in den Kopf gesetzt hat, die Unabhängigkeitsbewegung des zu Selbstbewußtsein und Menschenwürde erwachenden Volkes mit den überlebten Methoden der klassischen Gewaltpolitik auch fernerhin niederzuhalten. Die erregte Antwort, die Frankreich darauf in der ganzen arabischen Welt erhalten hat, sollte ihm allerdings zeigen, daß es auf *diesem* Wege nicht mehr lange weiterkommt.

Auch in *Holland* hat die seit Wochen anhaltende Regierungskrise mehr und mehr den Charakter einer Krise des ganzen gegenwärtigen Regimes angenommen, dessen Träger bisher vor allem die Sozialdemokraten und die Klerikal-Konservativen gewesen sind. Die *westdeutsche* Regierung vollends sieht sich mit ihrer seinerzeit so gerühmten neukapitalistischen Wirtschaftspolitik Schwierigkeiten gegenüber, die sie auch mit stärkster amerikanischer Hilfe nur schwer zu meistern imstande sein wird. «Kohlenkrise, steigende Preise auf den Rohstoffmärkten, übermäßige Ausnützung der verfügbaren Devisen zur Ausfuhr ‚liberalisierter' Waren, unbefriedigende Entwicklung des Exportes haben», so berichtet die «Neue Zürcher Zeitung» aus Bonn, «unvermittelt eine Situation heraufbeschworen, die schnelles und durchgreifendes Handeln erfordert, wenn die wirtschaftliche Katastrophe vermieden werden soll.» Als erfreuliches Zeichen darf anderseits vermerkt werden, daß die westdeutschen Gewerkschaften ein Gesetz über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie durchgedrückt haben, nach dem die Verwaltungsräte künftig aus einer gleich großen Anzahl von Vertretern der Kapitalbesitzer und der Arbeiter und Angestellten bestehen werden und überdies jeder Betrieb einen Arbeitsdirektor als mit seinen Kollegen gleichberechtigtes Vorstandsmitglied erhalten soll. Aber der Eindruck, daß – wie in Westeuropa überhaupt, so auch in Westdeutschland – die bürgerlich-kapitalistische Ordnung auf schwankendem Grunde steht, ist dadurch eher noch verstärkt worden. Selbst die *italienische* Regierung, die doch über eine unbedingt zuverlässige Mehrheit in der Kammer zu gebieten schien, ist ihrer «christlich-demokratischen» Gefolgschaft (die weder christlich noch demokratisch ist) nicht mehr ganz sicher, wie ein paar Abstimmungen in den letzten Wochen gezeigt haben. Und das faschistische *Spanien* sieht sich mit den Streikunruhen in Barcelona gar bereits einer offenen Rebellion gegenüber, deren gewaltsame Unterdrückung auf die Länge die soziale und politische Spannung natürlich nur zu erhöhen geeignet ist.

Aber auch auf der anderen Seite der Barrikade sind Schwäche- und Zerfallserscheinungen zu bemerken. Bei der Unmöglichkeit, die für unsereinen besteht, sich von den Verhältnissen in den Ostländern ein auch nur halbwegs zuverlässiges Bild zu machen, sind zwar Fehlurteile keineswegs ausgeschlossen. Aber wenn es auch zutreffen mag, daß der Umbau der Wirtschaftsverfassung in der Sowjetunion und in den anderen Ostblockländern gute Fortschritte macht[3], so erweckt doch die Verschärfung des *politischen Terrors*, die in den kommunistischen Volksrepubliken unzweifelhaft eingetreten ist, den denkbar schlechtesten Eindruck. Neuerdings ist es besonders die *Tschechoslowakei*, die mit ihren brutalen «Säube-

[3] In der Sowjetunion ist am 1. März eine neue Herabsetzung der Detailpreise — die vierte seit 1947 — verfügt worden. Sie schwankt zwischen 10 und 25 Prozent und betrifft vor allem Lebensmittel und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs, die jetzt offenbar in größerem Umfang hergestellt werden als früher.

rungsmaßnahmen», ihren ewigen «Verräter»-Prozessen und ihren sozusagen täglichen Erschießungen «staatsfeindlicher Elemente» den Protest aller freien Gewissen herausfordert. Es ist ja völlig unglaubhaft, daß z. B. der frühere Außenminister Clementis und die anderen mit ihm verhafteten hochgestellten Kommunisten die gemeinen Verbrechen begangen hätten, deren sie jetzt beschuldigt werden; wahrscheinlich suchte man einfach einen Vorwand, um auch die leiseste Regung selbständigen Denkens und Handelns zu ersticken, die sich namentlich bei den slowakischen Kommunisten hätte geltend machen können. Hinter der ganzen Terroraktion, wie sie sich gegenwärtig ausbreitet, steht eben die große Furcht vor einem tschechoslowakischen Titoismus, das heißt vor einem Übergang der Tschechoslowakei ins Lager der Westmächte nach dem Vorbild Jugoslawiens, eine Furcht, die ja schon ein Hauptantrieb für den Umsturz von 1948 gewesen war und damals sachlich viel eher begründet schien als sie es heute ist. Denn wenn es vor drei Jahren tatsächlich bedeutende Gruppen gab, die sowohl innen- als außenpolitisch eine Angleichung der Tschechoslowakei an den Westen vorbereiteten, so muß heute mindestens jeder Tscheche wissen, daß sein Land aufs neue der Verstümmelung entgegenginge, wenn ein wiedererstandener deutscher Nationalismus im Bund mit den Westmächten den «Befreiungskrieg» gegen die «slawischen Barbaren» eröffnen könnte. Aber offenbar sind im tschechoslowakischen Volk aus innenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen – die Regierung verhehlt ja die Schwierigkeiten der Wirtschaftslage durchaus nicht – Unzufriedenheit und Mißstimmung in einem Umfang entstanden, der es den Trägern des Systems geboten erscheinen läßt, nach «bewährten» Mustern mit eisernem Besen auszufegen.

Ob die Abfallbewegung bei den *italienischen* Kommunisten, die natürlich von oben ungehemmt vor sich gehen kann, so bedeutend ist, wie unsere Presse sie darstellt, ist fraglich; die Kommunisten melden jedenfalls Neueintritte, die die Austritte aus der Partei weit überwögen. Vorsicht ist auch gegenüber den ständig verbreiteten Gerüchten von einer kriegerischen Bedrohung *Jugoslawiens* durch seine rechtgläubig kommunistischen Nachbarn geboten, so bitter auch die Feindschaft ist, die zwischen beiden Teilen besteht. Hingegen ist offenbar doch etwas Wahres an den Meldungen, die von *griechischen* Angriffsgelüsten gegen Bulgarien und Albanien wissen wollen. So lesen wir im «New Statesman» (3. März):

«Zu einer Zeit, da man erwarten sollte, die griechischen Politiker dächten ausschließlich an die Notwendigkeiten des friedlichen Aufbaus, scheint Ministerpräsident Venizelos auf einen Marsch an die Donau zu sinnen. ‚Die griechische Regierung findet, daß es mit den westlichen Plänen zu langsam vorwärts geht', meinte er der Presse gegenüber vor einigen Tagen und verlangte zugleich die Entsendung einer britischen Division nach Griechenland, die Aufrichtung einer ‚schlagkräftigen Ordnungsmacht' in Griechenland und die rasche Verwirklichung eines jugoslawisch-türkisch-griechischen Militärbündnisses, das mit Eisenhowers westeuropäischem Hauptquartier in enge Verbindung gebracht werden müsse. Das Stichwort gewisser westdeutscher Propheten von

der ‚offensiven Verteidigung' aufnehmend, sagte Venizelos: ‚Wir glauben, wir sollten nicht nur zur Verteidigung unseres Gebietes bereit sein, sondern auch zum Angriff', hinzufügend: ‚Wir könnten an die Donau marschieren und eine Speerspitze durch die feindliche Flanke treiben, die jeden russischen Versuch, gegen den englischen Kanal vorzustoßen, lähmen würde.'

Solch pseudo-strategisches Gefasel mag einem vielleicht ein Lächeln entlocken; was indessen offenbar ernst genommen werden muß, das ist die jetzt in Athen zum Ausdruck kommende Ansicht, die Zeit werde nun wohl bald für den vielerörterten Einfall in Albanien reif sein. In seinem Trinkspruch an einer Versammlung der irredentistischen ‚Vereinigung griechischer Flüchtlinge aus Nordepirus' in Janina am 18. Januar sagte Venizelos, er hoffe, ‚das nächste Mal, wenn ich mein Glas erhebe, wird das mit der Befreiung von Nordepirus zusammenfallen, das ich niemals preisgeben werde'.»

Die Befreiungsideologie, die jetzt in Westdeutschland und von gewissen Westalliierten gepflegt wird, richtet ihre Verheerungen also auch in den Köpfen ehrgeiziger Balkanpolitiker an. Möge es nicht gehen wie in dem unglücklichen Korea! Möchten doch die Völker wachsamer und nüchterner sein als in diesem Fall, bereit zum äußersten Widerstand, wenn der Kreuzzug zur Erlösung der Ostvölker wirklich ins Werk gesetzt werden sollte! *Dem* Kreuz, das *hier* vorangetragen wird, folgt gewißlich keine Auferstehung – nur Tod und grauenvolles Verderben.

13. März 1951. *Hugo Kramer.*

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Die Rüstungsvorlage

Im öffentlichen Leben der Schweiz ist während der Berichtszeit allerhand geschehen, was für gewöhnlich auch in unserer Rundschau besprochen zu werden verdiente: Lawinenkatastrophen, Fortschreiten der Teuerung, Verwerfung der Autotransportordnuung, Ablehnung eines bescheidenen Anfangs von Frauenstimmrecht in der Waadt, Urteil im Bunkerprozeß (der Berg hat eine Maus geboren) usw. Und doch kann ich diesmal nur von dem einen *außergewöhnlichen* Gegenstand politischer Beschlußfassung reden, der uns alle aufs stärkste beschäftigen und erregen sollte (obwohl ihn manche als bloße Randangelegenheit abtun möchten): von der ungeheuerlichen Steigerung der *Kriegsrüstungen,* die der Bundesrat und seine militärischen Ratgeber verlangen und die in der bevorstehenden Frühjahrstagung der eidgenössischen Räte gutgeheißen werden soll und wird. Wo sind die Zeiten, da wir — es war in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg — gegen ein Militärbudget von lumpigen 100 oder 120 Millionen Franken in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Partei einen heftigen Kampf führten? Wo ist die Empörung, die uns ergriff, als gegen Ende des zweiten Weltkrieges die Schweizerische Offiziersgesellschaft mit einem Aufrüstungsprogramm herausrückte, das wir als schlechthin frevelhaft empfanden?[1] Was uns damals als ausschweifende Phantasie überspannter Militärgehirne vorkam, ist heute Tatsache geworden, ja überboten; wir stehen vor einer «Modernisierung» der Schweizer Armee von einer solchen «Großzügigkeit», daß die anderthalb Milliarden Franken, die sie kosten soll — auf sechs Jahre verteilt, ergibt das, mit

[1] Vergleiche die von der Zentralstelle für Friedensarbeit herausgegebene Schrift «Soll die Schweiz militarisiert werden?»